

gesundes
unternehmen

AOK 




Beschäftigung im Studium und im Praktikum


Fachinformationen für Arbeitgeber 2026


AOK. Die Gesundheitskasse.




So funktioniert das E-Paper

 Sprung zur nächsten Seite

 Sprung zur vorherigen Seite

 Zum Inhaltsverzeichnis

 Sprung zur Inhaltsseite

Button → Erweiterte Informationen

Button → Aufruf von Inhalten aus dem AOK-Fachportal für Arbeitgeber oder externer Inhalte

Über einen Klick auf die Links gelangen Sie auf weiterführende Internetseiten und Downloads.

Impressum

gesundes unternehmen

E-Paper Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Herausgeber:

AOK-Bundesverband, Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin

Verlag und Redaktion:

Ministry Group GmbH, Kanalstraße 28, 22085 Hamburg · ministrygroup.de

Momentum Data Driven Stories GmbH, Am Sandtorkai 27, 20457 Hamburg

Gestaltung: Ministry Group GmbH

Erscheinungsweise: jährlich

Rechtsstand: 1.1.2026

Bildnachweise:

Meldungen, Beiträge und Umlage: PeopleImages/Getty Images

Anhang: Andrey Popov/iStock

Alle anderen Bilder, Illustrationen und Grafiken: AOK

Mit der kostenfreien Bereitstellung der E-Paper der Reihe „gesundes unternehmen“ kommt die AOK ihren sich aus §104 SGB IV und §13 SGB I ergebenden Beratungs- und Informationspflichten nach. Nachdruck, auch auszugsweise, sowie elektronische Vervielfältigung von Artikeln und Fotos nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos keine Gewähr.

©AOK 1/2026



Vorwort

Wenn es um die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung der Beschäftigungen von Studierenden, Personen im Praktikum oder Jugendlichen, die noch die Schule besuchen, geht, gelten auch hier zunächst einmal die allgemeinen Grundsätze zur Sozialversicherungspflicht beziehungsweise -freiheit, insbesondere die Regelungen zu den geringfügigen Beschäftigungen und zum Übergangsbereich.

In der Praxis zeigt sich immer wieder, dass die versicherungsrechtliche Beurteilung der von diesem Personenkreis ausgeübten Beschäftigungen ganz spezielle Fragen aufwirft. So gelten Sonderregelungen für Studierende, die in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung Versicherungsfreiheit auch dann noch zulassen, wenn die Grenzen einer geringfügigen Beschäftigung bereits überschritten sind.

Ziel dieses E-Papers ist es, die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung der Beschäftigungen von Studierenden, Personen im Praktikum oder Jugendlichen, die eine Schule besuchen, darzustellen.

Hinweis: In unseren Ausführungen und Beispielen gehen wir davon aus, dass Arbeitgeber den Mindestlohn einhalten.

Wann immer Sie Fragen haben, steht Ihnen das AOK-Firmenberatungsteam gern mit Rat und Tat zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen
Ihre AOK. Die Gesundheitskasse.



Mehr News & Infos

Das Arbeitgeber-
portal Ihrer AOK

Einige Aussagen in diesem E-Paper sind mit einer Hochziffer versehen. Diese werden hier → aufgelistet – ergänzt um die entsprechenden Rechtsquellen und Fundstellen. Ein Abkürzungsverzeichnis finden Sie hier. →

Mit dem interaktiven Online-Training „Beschäftigung von Studierenden“ können Sie Ihr Wissen vertiefen.

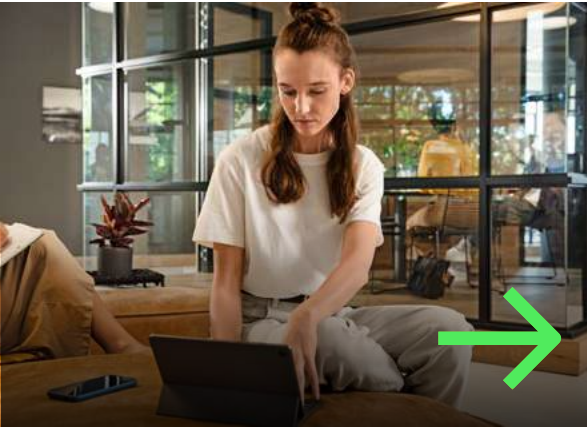
Mehr dazu →



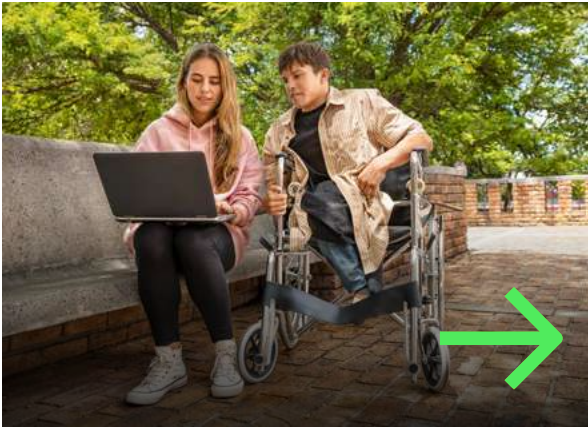
Alle Themen im Überblick



1. Beschäftigung von Studierenden



2. Studienaufnahme während einer Beschäftigung



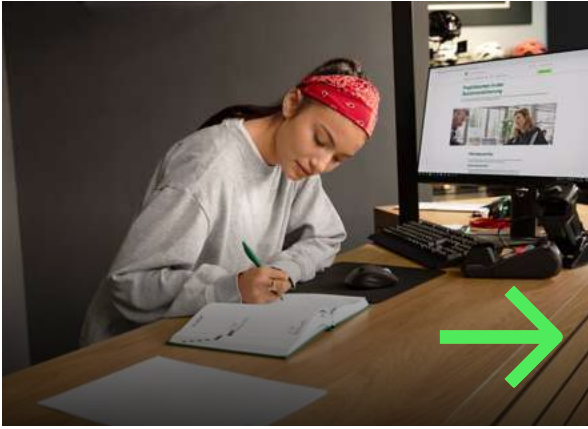
3. Besondere Personenkreise



4. Meldungen, Beiträge und Umlagen



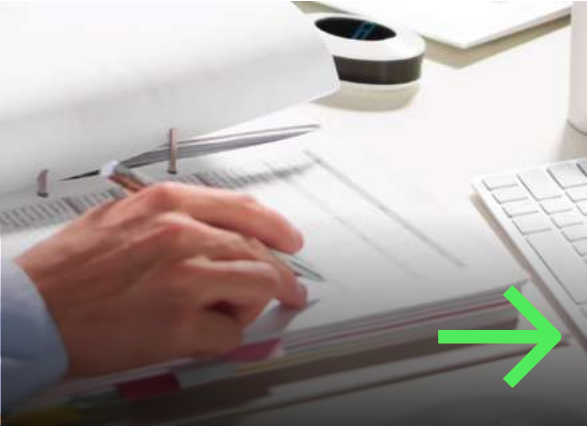
5. Krankenversicherung der Studenten



6. Im Praktikum



7. Beschäftigung von Schülerinnen und Schülern



8. Anhang



1. Beschäftigung von Studierenden

- 1.1 Versicherungsfreiheit wegen Geringfügigkeit →
- 1.2 Ordentlich Studierende →
- 1.3 Hochschulen und der fachlichen Ausbildung dienende Schulen →
- 1.4 Werkstudenten →



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Studierenden

Für Beschäftigungen von Studierenden gelten grundsätzlich keine sozialversicherungsrechtlichen Besonderheiten. Sie sind daher, sofern ein Anspruch auf Arbeitsentgelt besteht, kranken-, pflege-, renten- und arbeitslosenversicherungspflichtig.¹

Hinweis: Arbeitsrechtlich gelten für Studierende im Vergleich zu Personen im Arbeitnehmerstatus keine besonderen Regelungen. Sie sind diesen individual- und kollektivrechtlich gleichgestellt. Sie haben unter anderem Anspruch auf Mindestlohn, Urlaub, Elternzeit, Mutterschutz und Kündigungsschutz.

Das für die Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung geltende „Studentenprivileg“ für ordentlich Studierende greift erst, wenn die Beschäftigung mehr als geringfügig ausgeübt wird und deshalb grundsätzlich sozialversicherungspflichtig werden würde. Dies ist immer vorrangig zu prüfen. Studierende sind in Beschäftigungen während ihres Studiums kranken-, pflege- und arbeitslosenversicherungsfrei, wenn sie als ordentlich Studierende

- an einer Hochschule oder der fachlichen Ausbildung dienenden Schule eingeschrieben sind und
- das Studium im Vordergrund steht.

Dieses „Studentenprivileg“ gilt nicht in der Rentenversicherung. Sobald die Geringfügigkeitsgrenzen überschritten werden, tritt Versicherungspflicht in der Rentenversicherung ein.

1.1 Versicherungsfreiheit wegen Geringfügigkeit

Unabhängig von den besonderen Regelungen für beschäftigte Studierende ist ein Beschäftigungsverhältnis

In der Rentenversicherung gilt in der Beschäftigung eines Studierenden grundsätzlich Rentenversicherungspflicht, sofern keine Geringfügigkeit vorliegt.



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Studierenden

sozialversicherungsfrei, wenn es innerhalb der geltenden Grenzen entweder als

- geringfügig entlohnte Beschäftigung (in der Rentenversicherung allerdings nur auf Antrag) oder
- kurzfristige Beschäftigung (sofern keine Berufsmäßigkeit vorliegt) ausgeübt wird.

Im Gegensatz zu Auszubildenden und Personen im Praktikum gelten insoweit für von Studierenden ausgeübte Beschäftigungen keine Ausnahmen. (Beispiele 1 und 2)

1.2 Ordentlich Studierende

Nur wer zum Personenkreis der ordentlich Studierenden gehört, ist bei einer ausgeübten Beschäftigung unter bestimmten Voraussetzungen ([»1.4](#)) in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei. Hierzu gehören alle Studierenden, die an einer Hochschule oder einer der fachlichen Ausbildung dienenden Schule eingeschrieben sind und deren Zeit und Arbeitskraft überwiegend durch das Studium in Anspruch genommen werden.

1.2.1 Aufbau- oder Zweitstudium, Masterstudium

Ordentlich Studierende sind auch solche, die bereits ein Hochschulstudium mit einem berufsqualifizierenden Abschluss absolviert haben, aber in der gleichen Fachrichtung ein Aufbaustudium oder in einer anderen Fachrichtung ein Zweitstudium betreiben, das ebenfalls mit einer Hochschulprüfung abschließt. Hierzu gehören auch Studiengänge, mit denen der Abschluss „Master“ erlangt werden kann. Die Versicherungsfreiheit endet nicht schlechthin mit dem Erreichen des erstmöglichen Abschlusses einer Hochschulausbildung (Hochschulprüfung).

[Zu Beispiel 1 →](#)

[Zu Beispiel 2 →](#)

Aus Arbeitgebersicht ist es sinnvoller, Studierende nicht als geringfügig Entlohnte zu beschäftigen. Bei einer geringfügig entlohten Beschäftigung fallen grundsätzlich Pauschalbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung in Höhe von 28 Prozent an, bei Anwendung des sogenannten Werkstudentenprivilegs lediglich 9,3 Prozent Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung.



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Studierenden

Anders ist die Beurteilung beim Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium. Hier ist grundsätzlich nicht davon auszugehen, dass das Werkstudentenprivileg weiterhin besteht. Der Masterstudiengang schließt sich in aller Regel nämlich nicht lückenlos an das Ende des Bachelorstudiums an. Für die Zeit dazwischen gelten die üblichen sozialversicherungsrechtlichen Regelungen für Beschäftigungen.

Auch die bloße Weiterbildung beziehungsweise Spezialisierung (zum Beispiel zur Höherqualifizierung studierender Beschäftigter) nach einer bereits abgeschlossenen Hochschulausbildung begründet keine Versicherungsfreiheit. Sie ist höchstens im Rahmen einer geringfügig entlohnten Beschäftigung und bei Befreiung von der Rentenversicherungspflicht denkbar. Eine kurzfristige Beschäftigung ist wegen Berufsmäßigkeit nicht möglich.

1.2.2 Urlaubssemester

Studierende, die für ein oder mehrere Semester vom Studium beurlaubt werden, sind zwar weiterhin eingeschrieben, nehmen aber in dieser Zeit nicht am Studienbetrieb teil. Wird während der Dauer der Beurlaubung eine Beschäftigung aufgenommen, ist das Erscheinungsbild als studierende Person nicht gegeben. Daher besteht keine Versicherungsfreiheit im Rahmen der „Sonderregelung für Werkstudenten“.

Wird nach einem Urlaubssemester, in dem in Vollzeit gearbeitet wurde, die Arbeitszeit wieder auf 20 Wochenstunden reduziert, treten Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungsfreiheit wieder ein.



1.3 Hochschulen und der fachlichen Ausbildung dienende Schulen

Hochschulen sind Einrichtungen zur wissenschaftlichen oder künstlerischen Ausbildung. Zu den Hochschulen gehören unter anderem: Universitäten, Technische Hochschulen, Pädagogische Hochschulen, Landwirtschaftliche Hochschulen, Musikhochschulen, Fachhochschulen. Das Studium an einer Hochschule ist mit einer Immatrikulationsbescheinigung nachzuweisen. Die Vorlage dieser Bescheinigung ist für jedes Semester erforderlich.

Das „Studentenprivileg“ gilt aber nicht nur für Studierende einer Hochschule, sondern auch für Studierende einer der fachlichen Ausbildung dienenden Schule. Hierzu gehören Fachschulen, Höhere Fachschulen, Berufsfachschulen und Höhere Berufsfachschulen. Das Studium an beziehungsweise der Besuch einer dieser Schulen mit überwiegend berufsbildendem Charakter ist durch eine Schulbescheinigung nachzuweisen.

Auch für Studierende, die an einer vergleichbaren ausländischen Studien- oder Ausbildungseinrichtung eingeschrieben sind, kann Versicherungsfreiheit aufgrund des Werkstudentenprivilegs bestehen. Hochschulen und der fachlichen Ausbildung dienende Schulen sind also gebietsneutral zu begreifen.

Beginn und Ende der Hochschulausbildung

Die Hochschulausbildung beginnt mit der Einschreibung an einer Hochschule oder einer der fachlichen Ausbildung dienenden Schule. Die Einschreibung wird mit der Immatrikulationsbescheinigung bestätigt. Sie endet mit dem Tag der Exmatrikulation, wenn das Studium abgebrochen, unterbrochen oder in sonstigen Fällen der Exmatrikulation ohne Prüfung beendet wird.

Einen Überblick über die staatlichen und staatlich anerkannten Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland erhalten Sie hier

Mehr dazu ➤

Arbeitgeber nehmen die Immatrikulationsbescheinigung der Studierenden als Nachweis für die Werkstudenteneigenschaft zu den Entgeltunterlagen.



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Studierenden

Haben Studierende die von der Hochschule für den jeweiligen Studiengang nach den maßgebenden Prüfungsbestimmungen vorgesehene letzte Prüfungsleistung erbracht (zum Beispiel durch Ablegen der Diplomprüfung, des Staatsexamens, der Magisterprüfung oder Abgabe der Bachelor- oder Masterarbeit), wird die Hochschulausbildung im Sinne der Anwendung des Werkstudentenprivilegs nicht mit der letzten Prüfungsleistung, sondern mit Ablauf des Monats, in dem das Gesamtergebnis seitens der Hochschule offiziell mitgeteilt wurde, als beendet angesehen.

1.4 Werkstudenten

Üben Studierende eine Beschäftigung in einem Rahmen aus, der entweder die „normale“ Grenze einer geringfügig entlohten oder einer kurzfristigen Beschäftigung überschreitet, ist die Rede von Werkstudenten. Werkstudenten im Sinne der Sozialversicherung sind ordentlich Studierende, die mehr als geringfügig beschäftigt sind, deren Studium aber den Schwerpunkt ihres Lebens darstellt.

1.4.1 20-Wochenstunden-Grenze

Damit die besonderen Vorschriften über die Versicherungsfreiheit der von Studierenden ausgeübten Beschäftigungen angewandt werden können, ist von diesen neben der Teilnahme an einer wissenschaftlichen Ausbildung in einem geordneten Ausbildungsgang mit einem bestimmten Berufsziel nachzuweisen, dass Zeit und Arbeitskraft überwiegend durch das Studium in Anspruch genommen werden. Nach ständiger Rechtsprechung ist dies dann der Fall, wenn für eine Beschäftigung neben dem Studium nicht mehr als die Hälfte der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten aufgewandt wird. Dabei wird von einer

Die Werkstudentenregelung gilt nur in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung.



durchschnittlichen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden ausgegangen. Folglich ist die unbefristete Beschäftigung von Studierenden mit einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit bis zu einschließlich 20 Stunden pro Woche in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung versicherungsfrei.² (Beispiel 3)

Da von der Rechtsprechung bisher die wöchentliche Arbeitszeit als einziges Kriterium herangezogen wurde, spielt die Höhe des Arbeitsentgelts an dieser Stelle grundsätzlich keine Rolle. Weil das Arbeitsentgelt über der Geringfügigkeitsgrenze liegt – nur dann gilt die 20-Stunden-Theorie –, fallen keine pauschalen Beiträge an.

1.4.2 Zusammenrechnung

Bei Studierenden, die mehrere geringfügig entlohnte Beschäftigungen nebeneinander ausüben, ist zunächst zu prüfen, ob auch nach Addition der Arbeitsentgelte weiterhin Geringfügigkeit besteht. Trifft dies nicht zu, ist zu prüfen, ob sie ihrem Erscheinungsbild nach als Studierende oder als Beschäftigte einzustufen sind. Dafür sind die Arbeitszeiten aller Beschäftigungen zu addieren.

Beträgt die wöchentliche Arbeitszeit insgesamt nicht mehr als 20 Stunden, besteht Versicherungsfreiheit, unabhängig davon, ob es sich um eine oder mehrere befristete oder unbefristete Beschäftigungen handelt. Die Höhe des Arbeitsentgelts ist für die Annahme der Versicherungsfreiheit ohne Bedeutung. (Beispiel 4)

Arbeiten Studierende insgesamt mehr als 20 Stunden in der Woche und gehören sie damit vom Erscheinungsbild her zu den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen, muss in einem weiteren Schritt geprüft werden, ob bei einzelnen Beschäftigungen Geringfügigkeit vorliegt und

Zum Beispiel →

Um Rat fragen: Werkstudenten oder Beschäftigte? Brauchen Sie eine schnelle und kompetente Lösung für die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung – auch außerhalb der üblichen Öffnungszeiten? Bitte schreiben Sie eine Mail an unser AOK-Beratungsteam. Innerhalb von 24 Stunden erhalten Sie eine Antwort.

Mehr dazu →

Zum Beispiel →



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Studierenden

damit Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung in Betracht kommt. (Beispiel 5)

Was zu beachten ist, wenn eine studierende Person neben einer – zumindest in der Rentenversicherung – versicherungspflichtigen Beschäftigung zwei weitere geringfügig entlohnte Beschäftigungen aufnimmt, wird anhand des Beispiels 6 erläutert. (Beispiel 6)

1.4.3 Ausnahmen von der 20-Stunden-Grenze

In Einzelfällen kann Versicherungsfreiheit ausschließlich in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung auch noch bei einer Wochenarbeitszeit von mehr als 20 Stunden in Betracht kommen. Voraussetzung dafür ist immer, dass die über 20 Wochenstunden hinausgehende Beschäftigung auf maximal 26 Wochen befristet ist. Werden Beschäftigungen unbefristet ausgeübt, kann der Werkstudentenstatus nicht bestehen. (Beispiel 7)

Ausnahmen von der 20-Wochenstunden-Grenze sind also nur möglich, wenn sich befristete Beschäftigungen auf die

- vorlesungsfreie Zeit oder
- Abend- oder Nachtstunden oder
- Wochenenden beschränken.

1.4.4 Befristete Beschäftigung in vorlesungsfreier Zeit

Auch bei Beschäftigungen, die ausschließlich in der vorlesungsfreien Zeit (Semesterferien) ausgeübt werden, ist zunächst zu prüfen, ob die Beschäftigung geringfügig entlohnt oder kurzfristig ist. Da Semesterferien in aller Regel die Grenzen einer kurzfristigen Beschäftigung nicht überschreiten, ist daher von einer sozialversicherungsfreien Beschäftigung auszugehen. Bei

[Zum Beispiel →](#)

[Zum Beispiel →](#)

[Zum Beispiel →](#)



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Studierenden

Überschreitung dieser Grenzen (gegebenenfalls durch Zusammenrechnung mehrerer Beschäftigungen im gleichen Kalenderjahr) ist davon auszugehen, dass Zeit und Arbeitskraft in der Gesamtbetrachtung überwiegend durch das Studium in Anspruch genommen werden. Unabhängig von der wöchentlichen Arbeitszeit und der Höhe des Arbeitsentgelts besteht unter der Voraussetzung, dass die Beschäftigung ausschließlich auf die vorlesungsfreie Zeit (Semesterferien) begrenzt ist, aufgrund des Werkstudentenprivilegs Versicherungsfreiheit. (Beispiel 8)

Vorlesungsfreie Zeiten sind nur die offiziellen Semesterferien der Universitäten und Hochschulen. Die Semesterferien sind die Zeiten am Ende eines Semesters bis zum Beginn des neuen Semesters, in denen keine Lehrveranstaltungen stattfinden. Dennoch finden in den vorlesungsfreien Zeiten Prüfungen statt, die Prüfungen werden vorbereitet, es werden Kurse besucht und Studienarbeiten abgefasst. Die Semesterferien werden nach Maßgabe der Universitäten und Hochschulen von diesen offiziell als vorlesungsfreie Zeit bezeichnet. Vorlesungsfreie Zeiten im Sinne des Werkstudentenprivilegs sind lediglich die Zeiten am Ende des Sommersemesters und am Ende des Wintersemesters. Andere Zeiten während der Vorlesungszeiten des Studiums ohne tatsächliche Lehrveranstaltungen (zum Beispiel Weihnachtsferien) werden den vorlesungsfreien Zeiten nicht zugerechnet. Dies gilt auch für die Zeit zwischen der vorgeschriebenen letzten Prüfungsleistung (Abgabe der letzten schriftlichen Prüfungsarbeit) und der Bekanntgabe des Gesamtergebnisses der Prüfungsleistungen.

1.4.5 Ausweitung der Arbeitszeit in der vorlesungsfreien Zeit

In der Praxis gibt es häufig Fälle, in denen eine arbeitsvertraglich unbefristete Beschäftigung von bis zu

[Zum Beispiel →](#)

Vorlesungsfreie Zeiten im Sinne der Werkstudentenregelung sind nur die Zeiten am Ende des Sommer- beziehungsweise Wintersemesters.



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Studierenden

wöchentlich 20 Stunden ausschließlich in der vorlesungsfreien Zeit auf mehr als 20 Wochenstunden ausgedehnt wird. Auch in diesen Fällen gilt das Werkstudentenprinzip, soweit es nicht zu einer Überschreitung der 26-Wochen-Grenze kommt (»1.4.7).

Die Werkstudentenregelung findet dann keine Anwendung mehr, sobald absehbar ist, dass eine Beschäftigung mit mehr als 20 Wochenstunden über die Semesterferien hinaus andauert. Bei zeitlichen Überschneidungen bis zu längstens zwei Wochen, die nur ausnahmsweise vorkommen, ist davon auszugehen, dass auch für diese Zeit die Beschäftigung das Erscheinungsbild als ordentlich studierende Person nicht beeinträchtigt und damit weiterhin Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung besteht.

1.4.6 Arbeitseinsätze am Wochenende sowie in den Abend- und Nachtstunden

Versicherungsfreiheit im Rahmen des Werkstudentenprivilegs besteht bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 20 Stunden auch dann, wenn das Überschreiten der Arbeitszeitgrenze ausschließlich durch Arbeitseinsätze am Wochenende sowie in den Abend- und Nachtstunden hervorgerufen wird. Dies gilt allerdings nur dann, wenn es sich um eine auf maximal 26 Wochen befristete Beschäftigung handelt. (Beispiel 9)

1.4.7 Mehrere Beschäftigungen

Üben Studierende im Lauf eines Jahres mehrmals befristete Beschäftigungen mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als 20 Stunden aus, ist zu prüfen, ob sie ihrem Erscheinungsbild nach noch als Studierende anzusehen sind oder bereits zum Kreis der Beschäftigten gehören. Von dieser Zugehörigkeit zum Kreis der Beschäftigten ist auszugehen, wenn Studierende im Lauf

Zum Beispiel →



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Studierenden

eines Jahres mehr als 26 Wochen (182 Kalendertage) in einem Umfang von mehr als 20 Stunden wöchentlich beschäftigt sind.

Rahmenfrist

Für eine rechtlich einwandfreie Beurteilung ist es also wichtig, zwei Fragen zu beantworten:

- Innerhalb welcher Rahmenfrist sind welche Vorbeschäftigungszeiten anzurechnen?
- Auf wie viele Tage ist die Beschäftigung von ihrem Beginn bis zum Ende befristet?

Die Rahmenfrist ist stets vom Ende der zu beurteilenden Beschäftigung ausgehend ein Jahr zurück zu berechnen. So ist gewährleistet, dass auch die zu beurteilende Beschäftigung selbst einbezogen wird. Innerhalb der Rahmenfrist sind alle relevanten Vorbeschäftigungen anzurechnen. (Beispiel 10)

Wird innerhalb der Rahmenfrist die 26-Wochen-Grenze (182 Kalendertage) überschritten, treten Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungspflicht vom Beginn der Beschäftigung beziehungsweise von dem Zeitpunkt an ein, von dem das Überschreiten erkennbar war (zum Beispiel bei Verlängerung). (Beispiele 11 und 12)

Vom Erscheinungsbild einer studierenden Person ist nicht mehr auszugehen, wenn eine derartige Beschäftigung von mehr als 20 Stunden wöchentlich ohne zeitliche Befristung ausgeübt wird oder auf einen Zeitraum von mehr als 26 Wochen befristet ist. Es tritt dann wieder die Zugehörigkeit zum Kreis der Beschäftigten in den Vordergrund. (Beispiel 13)

Zusammenfassung →

Zum Thema Beschäftigung von Studierenden bietet die AOK ein kostenfreies Online-Training an.

Mehr dazu →

Zum Beispiel →

Zu Beispiel 11 →

Zu Beispiel 12 →

Zum Beispiel →





2. Studienaufnahme während einer Beschäftigung

2.1 Reduzierung der Arbeitszeit →

2.2 Übernahme von Studiengebühren →



2.1 Reduzierung der Arbeitszeit

Studierende, die während ihres Studiums eine Beschäftigung aufnehmen, sind kranken-, pflege- und arbeitslosenversicherungsfrei, wenn die Beschäftigung an nicht mehr als 20 Stunden in der Woche ausgeübt wird.

Gleiches gilt bei Beschäftigten, die während einer bestehenden Beschäftigung ein Studium aufnehmen und ihre wöchentliche Arbeitszeit auf nicht mehr als 20 Stunden reduzieren. Allerdings darf kein prägender Zusammenhang zwischen Studium und der weiterhin ausgeübten Beschäftigung bestehen. (Beispiel 14)

2.2 Übernahme von Studiengebühren

Beschäftigte, die aus einem Beschäftigungsverhältnis heraus mit einem Studium beginnen, können von ihrem Arbeitgeber durch die Übernahme der Studiengebühren unterstützt werden. Dabei stellen die vom Arbeitgeber getragenen oder übernommenen Studiengebühren in der Sozialversicherung kein Arbeitsentgelt dar, soweit sie steuerrechtlich auch kein Arbeitslohn sind.³



Zum Beispiel →

Zusammenfassung →





3. Besondere Personenkreise

- 3.1 Hochschulassistenten und wissenschaftliche Mitarbeiter →
- 3.2 Diplom-, Bachelor- oder Masterarbeiten im Betrieb →
- 3.3 Teilzeitstudium, Fernstudium →
- 3.4 Promotionsstudium →
- 3.5 Nachholen der Prüfung zur Notenverbesserung →
- 3.6 Duale Studiengänge →



3.1 Hochschulassistent und wissenschaftliche Mitarbeit

Aus dem Hochschulrahmengesetz ([HRG](#)) ergeben sich die Aufgaben, die die Hochschulassistent zu übernehmen hat. Danach sind wissenschaftliche Dienstleistungen in Forschung und Lehre zu erbringen, die auch dem Erwerb einer weiteren wissenschaftlichen Qualifikation förderlich sind. Wissenschaftlich Mitarbeitende gehören nach dem HRG den Fachbereichen, wissenschaftlichen Einrichtungen oder den Betriebseinheiten der Hochschulen an. Zu den Dienstleistungen gehört das Vermitteln von Fachwissen, praktischen Fähigkeiten und der Anwendung wissenschaftlicher Methoden an Studierende. Voraussetzung für die Einstellung als Hochschulassistent ist der qualifizierte Abschluss eines Studiums. Die Beschäftigung wird demnach nicht während des Studiums, sondern erst danach ausgeübt. Deshalb ist diese Beschäftigung – sofern während der Assistenzzeit keine Ernennung in den Beamtenstatus erfolgt – grundsätzlich kranken-, pflege-, renten- und arbeitslosenversicherungspflichtig.

3.2 Diplom-, Bachelor- oder Masterarbeiten im Betrieb

Diplom-, Bachelor- oder Masterarbeiten sind Abschlussarbeiten eines Studiums mit akademischem Abschluss. Da Unternehmen oftmals Interesse an den inhaltlichen Ergebnissen dieser Arbeiten haben, werden den Studierenden zur Anfertigung ihrer Abschlussarbeiten die betrieblichen Einrichtungen zur Verfügung gestellt. Gegenstand entsprechender Vereinbarungen zwischen Unternehmen und Studierenden ist regelmäßig, dass die Abschlussarbeiten zur weiteren Verwendung dem Unternehmen überlassen werden. Personen, die sich allein



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Besondere Personenkreise

zur Erstellung der Abschlussarbeit in einen Betrieb begeben und in dieser Zeit neben der Abschlussarbeit keine für den Betrieb verwertbare Arbeitsleistung erbringen, gehören weder zum Personenkreis der Werkstudenten noch zu den abhängig Beschäftigten, auch wenn ein finanzieller Zuschuss gezahlt wird.

3.3 Teilzeitstudium, Fernstudium

Voraussetzung für die Anerkennung als Teilzeit studierende Person ist unter anderem, dass nicht mehr als die Hälfte des nach der Studienordnung für das Vollzeitstudium vorgesehenen Studienumfangs aufgewendet wird. Daher gehören beschäftigte Teilzeitstudierende von vornherein zum Kreis der Erwerbstätigen. Die von der Rechtsprechung entwickelten Ausnahmeregelungen können nicht angewandt werden, da nicht das Studium, sondern die Erwerbstätigkeit im Vordergrund steht. Dies gilt insbesondere für Studierende der Fernuniversität Hagen. Diese sind häufig berufstätig und nutzen das umfangreiche Studienangebot der Fernuniversität, um sich neben einer in Vollzeit ausgeübten Berufstätigkeit im Rahmen eines Teilzeitstudiums weiterzubilden.

Etwas anderes gilt, wenn Studierende der Fernuniversität in Vollzeit studieren. In diesem Fall ist davon auszugehen, dass nicht die Erwerbstätigkeit, sondern das Studium im Vordergrund steht. Die von der Rechtsprechung entwickelten Ausnahmeregelungen sind demzufolge anzuwenden.

3.4 Promotionsstudium

Ein Promotionsstudium ist der Studienteil nach dem Diplom oder Examen, der zum Erwerb des Dokortitels führt. Dieses ist nicht mehr Teil der eigentlichen wissenschaftlichen Ausbildung, so die Entscheidung des BSG.

Für beschäftigte Teilzeitstudierende gilt die Werkstudentenregelung nicht. Sie sind also grundsätzlich sozialversicherungspflichtig.



Versicherungsfreiheit kommt in allen Sozialversicherungszweigen daher nur im Rahmen einer geringfügig entlohnten Beschäftigung in Betracht, in der Rentenversicherung nur auf Antrag (Achtung: Berufsmäßigkeit, daher keine kurzfristige Beschäftigung möglich).

3.5 Nachholen der Prüfung zur Notenverbesserung

Dieser Zeitraum der neuerlichen Prüfungsvorbereitung zählt zur Studienzeit von ordentlich Studierenden. Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung ist daher möglich.

3.6 Duale Studiengänge

Duale Studiengänge werden entweder als ausbildungs- oder als praxisintegrierte Studiengänge durchgeführt. Allen dualen Studiengängen ist gemeinsam, dass das Hochschulstudium mit einer Berufsausbildung oder mit Berufspraxis in einem Unternehmen verbunden wird.

Ein ausbildungsintegriertes duales Studium ist auf die berufliche Erstausbildung gerichtet und verbindet das Studium mit einer Ausbildung. Die praxisintegrierten dualen Studiengänge räumen den Praxisphasen im Betrieb einen größeren Umfang ein. Neben der Einschreibung an der Hoch- beziehungsweise Fachhochschule werden Verträge mit den Betrieben abgeschlossen, in denen Berufspraktika abgeleistet werden. Ein Ausbildungsabschluss wird hier nicht erworben.

Die Teilnehmenden an diesen Formen des dualen Studiums werden als zur Berufsausbildung Beschäftigte behandelt, mit denen sie auch in wirtschaftlicher Hinsicht

Duale Studiengänge sind eine Kombination aus Hochschulstudium und Berufsausbildung und gewinnen immer mehr an Bedeutung.

Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Besondere Personenkreise

vergleichbar sind. Deshalb unterliegen sie grundsätzlich der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherungspflicht.

Studierende in berufsintegrierten beziehungsweise berufsbegleitenden dualen Studiengängen verfügen bereits über eine abgeschlossene Berufsausbildung beziehungsweise mehrjährige Berufserfahrung. Die bisherige Beschäftigung wird in diesen Fällen den Erfordernissen des Studiums angepasst. Aus diesem Grund werden sie mitunter nicht zu den dualen Studiengängen im engeren Sinne gerechnet. Daher sind diese Studierenden (weiterhin) als Beschäftigte anzusehen und unterliegen damit als solche der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherungspflicht.

Besonderheit – duales Studium ohne Arbeitsentgelt

Sofern Teilnehmende an dualen Studiengängen kein Arbeitsentgelt erhalten, sind sie wie Personen im Praktikum zu behandeln. Es besteht Versicherungspflicht in der Kranken- und Pflegeversicherung.

Beurteilung Unfallversicherung

Bei berufs- und ausbildungsintegrierten Studiengängen stehen die Studierenden in der Regel in einem Arbeitsbeziehungsweise Ausbildungsverhältnis zu einem Unternehmen. Die Studierenden sind als Beschäftigte unfallversichert. Zuständig ist die Berufsgenossenschaft oder Unfallkasse, bei der das Unternehmen Mitglied ist. Das Unternehmen trägt die Kosten des Versicherungsschutzes mit seinen Beiträgen zur Unfallversicherung.

Bei praxisintegrierten Studiengängen sind Studierende oder Studierende im Praktikum im Regelfall zu arbeitnehmertypischen, entgeltlichen Arbeitsleistungen verpflichtet. Damit unterliegen sie in der Praxisphase als



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Besondere Personenkreise

Beschäftigte der Versicherungspflicht. Zuständig ist die Berufsgenossenschaft oder Unfallkasse, bei der das Unternehmen Mitglied ist. Während des Studiums an der Hochschule/Fachhochschule sind die Studierenden ebenfalls unfallversichert. Zuständig ist die Unfallkasse des Bundeslandes. Die Länder tragen die Kosten des Versicherungsschutzes.

Zusammenfassung →





4. Meldungen, Beiträge und Umlagen

4.1 Meldungen →

4.2 Beiträge →

4.3 Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen →

4.4 Insolvenzversicherung →



4.1 Meldungen

Arbeitgeber haben bei Beschäftigungen von Studierenden die gleichen Meldungen zur Sozialversicherung einzureichen wie bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Es gelten die Vorschriften der DEÜV.

Fallen bei der Beschäftigung von Studierenden reguläre Beiträge zur Rentenversicherung an, ist die Personengruppe stets mit Kennziffer „106“ zu verschlüsseln; die maßgebliche Beitragsgruppe ist in diesem Fall grundsätzlich „0100“.

Bei Mehrfachbeschäftigung kann es in Verbindung mit der Personengruppe „106“ auch noch zur Beitragsgruppe „6100“ kommen. Das gilt, wenn eine zweite geringfügig entlohnte Beschäftigung neben einer Hauptbeschäftigung ausgeübt wird. Aber nur dann, wenn insgesamt die Grenze von 20 Stunden pro Woche nicht überschritten wird, also trotz mehrerer Beschäftigungen das Studentenprivileg Anwendung findet.

Kommt es infolge Überschreitung der einschlägigen Grenzen (20 Wochenstunden/182 Kalendertage oder drei Monate beziehungsweise 70 Arbeitstage beziehungsweise für Betriebe der Landwirtschaft 15 Wochen oder 90 Arbeitstage während der Vorlesungszeit) zum Verlust des Status „Student“, ist die zutreffende Personengruppe mit „101“ sowie die Beitragsgruppe mit „1111“ zu melden.

Wenn Studierende nur im Rahmen einer geringfügig entlohten beziehungsweise kurzfristigen Beschäftigung arbeiten, sind folgende Kombinationen denkbar:

**Nähere Informationen
zum elektronischen
Meldeverfahren finden
Sie hier**

Mehr dazu →

**Für Werkstudenten
gelten grundsätzlich
die Personengruppe
„106“ und die Beitragsgruppe „0100“.**



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Meldungen, Beiträge und Umlagen

- Personengruppe „109“/Beitragsgruppe „6500/0500“ (bei Befreiung von der grundsätzlichen Rentenversicherungspflicht, ansonsten Beitragsgruppe „6100“ oder „0100“)
- Personengruppe „110“/Beitragsgruppe „0000“

Teilnehmende in ausbildungs- oder praxisintegrierten dualen Studiengängen sind mit der Personengruppe „102“ (Auszubildende ohne besondere Merkmale) zu melden. Übersteigt allerdings das Arbeitsentgelt die Geringverdienergrenze von 325 Euro nicht, gilt als Personengruppenschlüssel „121“, da diese Personengruppe von der Zahlung eines kassenindividuellen Zusatzbeitrags ausgenommen ist. In Zeiten, in denen Teilnehmende dieser Studiengänge kein Arbeitsentgelt erzielen, sind sie mit der Personengruppe „102“ als versicherungspflichtig zur Berufsausbildung Beschäftigte zur Renten- und Arbeitslosenversicherung zu melden.

Teilnehmende in berufsintegrierten beziehungsweise berufsbegleitenden dualen Studiengängen sind als Beschäftigte sozialversicherungspflichtig und daher mit der Personengruppe „101“ zu melden.

4.2 Beiträge

Für Studierende, die aufgrund des Werkstudentenprivilegs kranken-, pflege- und arbeitslosenversicherungsfrei sind, sind zu diesen Versicherungszweigen keine Beiträge zu zahlen. Zur Rentenversicherung sind Beiträge – unter Beachtung des Übergangsbereichs – zu zahlen. Handelt es sich um eine geringfügig entlohnte Beschäftigung, fallen grundsätzlich Pauschalbeiträge

Für Werkstudenten können die Regelungen des Übergangsbereichs nur in der Rentenversicherung zum Tragen kommen.



zur Kranken- und zur Rentenversicherung an. Besteht in der geringfügig entlohten Beschäftigung Rentenversicherungspflicht, ist von den Studierenden ihr Beitragsanteil zu zahlen.

4.3 Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen

Da Studierende Beschäftigte im Sinne des [AAG](#) sind, sind Umlagen (U1 und U2) zu zahlen. Bei der Feststellung der Teilnahme eines Arbeitgebers am Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen (Umlageversicherung U1) werden beschäftigte Studierende und Schülerinnen und Schüler entsprechend der Dauer der Beschäftigung und ihrer wöchentlichen Arbeitszeit wie Beschäftigte berücksichtigt. Personen im Praktikum sind Auszubildenden gleichgestellt und werden bei der Feststellung der Teilnahme ausdrücklich ausgenommen.⁴

Beiträge sind dagegen für Studierende, Schüler und Schülerinnen sowie Personen im Praktikum zu entrichten.

4.4 Insolvenzversicherung

Bei den Beiträgen zur Insolvenzversicherung (Insolvenzgeldumlage) gelten für beschäftigte Studierende, Schülerinnen und Schüler oder Personen im Praktikum keine besonderen Regelungen. Beiträge sind wie bei allen Beschäftigten zu entrichten.

Zusammenfassung →

**Kontaktieren Sie uns
gern bei sozialversi-
cherungsrechtlichen
Fragen.**

Mehr dazu →





5. Krankenversicherung der Studenten

5.1 Versicherungspflicht →

5.2 Familienversicherung →



Studierende können in ihren Beschäftigungen aufgrund der beschriebenen Sonderregelungen unter anderem krankenversicherungsfrei und damit nicht pflegeversicherungspflichtig sein. Damit stellt sich die Frage nach dem Versicherungsschutz in der Kranken- und Pflegeversicherung. Für Studierende sind dafür Sonderregelungen getroffen worden. Der Grund dafür ist, dass Studierende, die neben ihrem Studium zusätzlich Beschäftigungen ausüben, dies in der Regel zur Finanzierung ihres Studiums tun. Dies soll nicht durch eine umfängliche Beitragspflicht zur Sozialversicherung erschwert werden. Kostengünstigeren oder beitragsfreien Versicherungsverhältnissen wird daher der Vorrang eingeräumt. Studierende sind nämlich bereits grundsätzlich krankenversicherungspflichtig, wenn sie an staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschulen eingeschrieben (immatrikuliert) sind. Diese Sonderregelungen gelten grundsätzlich nur bis zur Vollendung des 30. Lebensjahrs. Unter bestimmten Voraussetzungen (zum Beispiel Pflege von Angehörigen, eigene Krankheit oder Behinderung) ist eine Verlängerung möglich. Wer länger studiert, muss sich ansonsten freiwillig gesetzlich oder aber privat versichern.

Mit der Krankenversicherungspflicht entsteht stets auch die Pflegeversicherungspflicht. Für die Kranken- und Pflegeversicherung der Studierenden fallen geringere Beiträge an. Erfüllen Studierende noch die Voraussetzungen einer Familienversicherung, sind sie sogar beitragsfrei versichert.

5.1 Versicherungspflicht

Die Mitgliedschaft versicherungspflichtiger Studierender in der Krankenversicherung der Studenten (KVdS) beginnt mit dem Semester, frühestens mit dem Tag der

Studierende zahlen in ihrer Versicherung geringere Beiträge, damit sie finanziell entlastet werden. Die beitragsfreie Familienversicherung ist dabei vorrangig.



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Krankenversicherung der Studenten

Einschreibung oder der Rückmeldung an der Hochschule. Erfolgt die Einschreibung (Immatrikulation) erst nach dem Beginn des Semesters, beginnt die Mitgliedschaft frühestens mit dem Tag der Einschreibung. Dabei ist es ohne Bedeutung, wann die studierende Person erstmals an einer Vorlesung teilnimmt.

Für die KVdS entsteht – im Gegensatz zur Familienversicherung – eine Beitragspflicht. Die Beiträge werden dabei nach fiktiven beitragspflichtigen Einnahmen berechnet. Grundlage dafür ist der Betrag, der als monatlicher Bedarf nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz ([BAföG](#)) für Studierende festgesetzt ist, die nicht bei ihren Eltern wohnen. Dieser Bedarfssatz beträgt monatlich 855 Euro.

Als Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung gelten für diesen Personenkreis sieben Zehntel des allgemeinen Beitragssatzes. Er beträgt zurzeit 10,22 Prozent. Außerdem ist auch der kassenindividuelle Zusatzbeitrag zu zahlen. Daraus ergibt sich ein Krankenversicherungsbeitrag von 87,38 Euro zuzüglich des kassenindividuellen Zusatzbeitragssatzes.

In der Pflegeversicherung beträgt der Beitragssatz 3,6 Prozent (Basisbeitragssatz), für Kinderlose ab dem 23. Lebensjahr 4,2 Prozent. Studierende mit zwei oder mehr Kindern erhalten bis zum fünften Kind einen Beitragsabschlag von 0,25 Prozent je Kind.

Der Beitrag zur Pflegeversicherung beträgt für Studierende, die ein Kind haben oder unter 23 Jahre alt sind, 30,78 Euro. Für Personen mit mehreren Kindern gibt es Abschläge vom Beitrag. In allen anderen Fällen beträgt der Beitrag 35,91 Euro.

Studierende können die AOK ihres Wohnorts wählen. Alternativ können sie auch die AOK wählen, in dem die Hochschule ihren Sitz hat.



Die studentische Pflichtversicherung endet im Regelfall mit Ablauf des Semesters, für das sich Studierende zuletzt eingeschrieben oder zurückgemeldet haben. Dies gilt dann, wenn die Studentin oder der Student bis zum Ablauf oder mit Wirkung zum Ablauf des Semesters exmatrikuliert worden sind. Dabei wird nicht danach differenziert, aus welchem Anlass die Voraussetzungen der Versicherungspflicht nicht mehr erfüllt sind und daher zur Beendigung der Mitgliedschaft führen.

Wichtig: Für die versicherungsrechtliche Beurteilung entfällt der Status „Student“ nicht wie in der Krankenversicherung der Studenten, sondern erst mit Ablauf des Monats, in dem eine Prüfungsentscheidung (des Prüfungsamts oder der Hochschule) ergeht. Die Prüfungsentscheidung wird – je nach Hochschule – in unterschiedlicher Form bekannt gegeben. Ein entsprechender Nachweis ist zu den Entgeltunterlagen zu nehmen.

5.2 Familienversicherung

Die meisten Studierenden sind beitragsfrei familienversichert. Dies ist für Kinder bis zum 25. Lebensjahr (unter anderem zuzüglich eventueller Zeiten eines freiwilligen Wehrdiensts bis höchstens zwölf Monate) möglich, wenn sie sich in Schul- oder Berufsausbildung befinden und kein eigenes Gesamteinkommen von mehr als 565 Euro im Monat haben. Wird eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausgeübt, ist eine Familienversicherung bis zur Geringfügigkeitsgrenze zulässig.

Zusammenfassung →

Das Werkstudentenprivileg endet mit Ablauf des Monats, in dem eine Prüfungsentscheidung erfolgt. Arbeitgeber nehmen den Nachweis in die Entgeltunterlagen.



6. Im Praktikum

- 6.1 Vorgeschriebene Praktika →
- 6.2 Nicht vorgeschriebene Praktika →
- 6.3 Nur unfallversicherungspflichtig Beschäftigte →
- 6.4 Praktika von Fachoberschülerinnen und -schülern →
- 6.5 Praktika während des Besuchs einer Fach- oder Berufsfachschule →
- 6.6 Praxisintegrierte Ausbildungsgänge →



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Im Praktikum

Für die versicherungsrechtliche Beurteilung ist es entscheidend, ob es sich um Aktivitäten im Rahmen betrieblicher Berufsbildung handelt oder ob im Zusammenhang mit einer schulischen Ausbildung praktische Kenntnisse in einem Unternehmen vermittelt werden sollen.⁵

Der Erwerb beruflicher Kenntnisse, Fertigkeiten oder Erfahrungen im Rahmen betrieblicher Berufsbildung gilt als Beschäftigung im Sinne der Sozialversicherung. Praktika, die dazu dienen, Kenntnisse, Fertigkeiten oder Erfahrungen in Betrieben zu erlangen, unterliegen daher grundsätzlich nach den jeweiligen Vorschriften für die einzelnen Sozialversicherungszweige der Versicherungspflicht. Personen im Praktikum im Sinne der Sozialversicherung sind Personen, die sich im Zusammenhang mit einer schulischen Ausbildung praktische Kenntnisse in einem Unternehmen aneignen, die der Vorbereitung, Unterstützung oder Vervollständigung der Ausbildung für den künftigen Beruf dienen.

6.1 Vorgeschriebene Praktika

Bei einem vorgeschriebenen Praktikum ist in einer Studien- oder Prüfungsordnung festgelegt, ob ein Praktikum abzuleisten ist.

Außerdem ist dort geregelt, in welcher Form und in welchem Umfang das Praktikum absolviert werden muss. Wird die vorgeschriebene Minstdauer überschritten, ist auch dann noch von einem vorgeschriebenen Praktikum auszugehen, wenn weiterhin ein Zusammenhang zwischen dem Praktikum und dem Studium besteht. Die Verpflichtung zur Ableistung des Praktikums müssen Studierende nachweisen. Bei einem vorgeschriebenen Praktikum gelten die Regelungen über versicherungs-

Die versicherungsrechtliche Beurteilung von Praktika hängt davon ab, ob es sich um ein freiwilliges oder ein verpflichtendes Praktikum handelt.



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Im Praktikum

freie geringfügige Beschäftigungen nicht. Vorgeschriebene Praktika zählen als betriebliche Berufsbildung.⁶

Ein vorgeschriebenes Vor- beziehungsweise Nachpraktikum wird außerhalb der Studienzeit absolviert. Die Person im Praktikum ist in dieser Zeit also nicht immatrikuliert. Bekommt sie in dieser Zeit ein Arbeitsentgelt, wird sie grundsätzlich versicherungspflichtig in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.⁷ (Beispiel 15)

Anders sieht es aus, wenn die Person während des vorgeschriebenen Vor- beziehungsweise Nachpraktikums aus Gründen, die in der Organisation des Studiums liegen, bereits immatrikuliert ist. Dann ist dieses Vor-/Nachpraktikum wie ein Zwischenpraktikum zu behandeln.

Diejenigen, die ein vorgeschriebenes Vorpraktikum über den Zeitpunkt der Studienaufnahme hinaus in unverändertem Umfang für einen kurzen Zeitraum fortführen, ohne dass das Hochschulrecht dem entgegensteht, sind weiterhin als im Vorpraktikum zu behandeln. Die Einschreibung während des Vorpraktikums beeinflusst den versicherungsrechtlichen Status in diesen Fällen nicht, wenn der Zeitraum, in dem das Praktikum in das Studium hineinragt, nicht mehr als zwei Wochen ausmacht. Sofern diese zwei Wochen überschritten werden, ist – rückwirkend zum Zeitpunkt des Studienbeginns – zwischen Vorpraktikum und Zwischenpraktikum zu differenzieren.

Erhalten Personen im vorgeschriebenen Vor- beziehungsweise Nachpraktikum kein Arbeitsentgelt, sind sie dennoch versicherungspflichtig in der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Versicherungsfreiheit wegen

Muss das Praktikum aufgrund einer hochschulrechtlichen Bestimmung geleistet werden, besteht kein Anspruch auf den Mindestlohn.

Zum Beispiel →



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Im Praktikum

Vorliegens einer geringfügigen Beschäftigung kommt auch in diesen Fällen nicht in Betracht; es handelt sich um eine Beschäftigung im Rahmen betrieblicher Berufsbildung. Die Beitragsberechnung (Beitragsgruppe „0110“, Personengruppe „105“) erfolgt aus fiktivem Arbeitsentgelt. Dazu wird 1 Prozent der Bezugsgröße, also 39,55 Euro monatlich, als Arbeitsentgelt zugrunde gelegt.

Kranken- und Pflegeversicherungsspflicht kommen dagegen nur in Betracht, sofern nicht eine anderweitige Vorrangversicherung besteht (zum Beispiel Familienversicherung).

Bei Versicherungspflicht muss die Person im Praktikum die Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge (wie bei der Krankenversicherung der Studenten) selbst zahlen. (Beispiel 16)

Bei einem vorgeschriebenen Zwischenpraktikum ist die Person im Praktikum als Studierende an einer Universität, Hochschule, Fachhochschule oder Fachschule immatrikuliert. Es besteht Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherungsfreiheit.⁸ Entsprechendes gilt, wenn das vorgeschriebene Zwischenpraktikum während eines Urlaubssemesters abgeleistet wird.

Die Dauer, die Arbeitszeit und das Arbeitsentgelt sind unerheblich.

6.2 Nicht vorgeschriebene Praktika

Besteht für die Person im Praktikum keine Verpflichtung zum Nachweis des Praktikums, macht sie es also freiwillig, handelt es sich um ein nicht vorgeschriebenes Praktikum.

Zum Beispiel →

Nehmen Sie in jedem Fall eine entsprechende Schul- beziehungsweise Studienbescheinigung zu den Entgeltunterlagen.



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Im Praktikum

Wird ein solches Praktikum außerhalb der Immatrikulation, also als Vor- beziehungsweise Nachpraktikum, absolviert, gelten keine Sonderregelungen.

Diese Praktika zählen nicht zu den Beschäftigungen im Rahmen der betrieblichen Berufsbildung. Somit ist Versicherungsfreiheit als geringfügig Beschäftigte oder Beschäftigter möglich. Ansonsten besteht grundsätzlich Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherungspflicht.

Bei einem nicht vorgeschriebenen Zwischenpraktikum bestehen Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungsfreiheit, wenn Zeit und Arbeitskraft überwiegend durch das Studium in Anspruch genommen werden (20 Stunden in der Woche). Entgeltgrenzen gelten hierbei nicht. Bei einem Arbeitsentgelt von nicht mehr als 603 Euro ist eine geringfügig entlohnte Beschäftigung möglich.

Für nicht in der Studien- oder Prüfungsordnung vorgeschriebene Praktika sind in der Krankenversicherung keine beitragsrechtlichen Besonderheiten zu beachten. Hier fallen Pauschalbeiträge zur Krankenversicherung an, wenn das Praktikum die Kriterien einer geringfügig entlohten Beschäftigung erfüllt. In der Rentenversicherung sind Pauschalbeiträge grundsätzlich zu zahlen. Beim Zwischenpraktikum fallen keine pauschalen Beiträge an, wenn eine Befreiung von der Rentenversicherungspflicht vorliegt.⁹

In allen Varianten eines Praktikums besteht Umlagepflicht zu den Umlagekassen U1 und U2 sowie auch Insolvenzgeldumlagepflicht, wenn Arbeitsentgelt gezahlt wird. Personen im Praktikum haben im Übrigen grundsätzlich Anspruch auf den Mindestlohn nach dem

Nicht vorgeschriebene Zwischenpraktika

[Zur Tabelle →](#)



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Im Praktikum

Mindestlohngesetz (MiLoG). Insofern sind sie Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gleichgestellt. Für Pflichtpraktika, die u. a. aufgrund einer hochschulrechtlichen Bestimmung abzuleisten sind, besteht kein Mindestlohnanspruch. Bei nicht vorgeschriebenen Praktika besteht ebenfalls kein Anspruch auf Mindestlohn, wenn ein Praktikum von bis zu drei Monaten

- zur Orientierung für die Aufnahme eines Studiums oder
- begleitend zu einer Berufs- oder Hochschulausbildung, wenn nicht zuvor ein solches Praktikumsverhältnis mit demselben Ausbildenden bestanden hat,

abgeleistet wird.

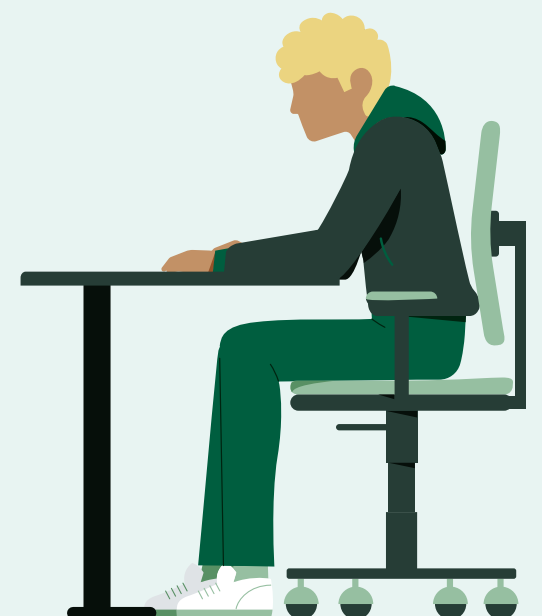
6.3 Nur unfallversicherungspflichtig Beschäftigte

Versicherungsfreie Personen im Praktikum, die ausschließlich als Beschäftigte im Sinne der Unfallversicherung gelten, müssen Arbeitgeber bei der Einzugsstelle melden – mit dem Personengruppenschlüssel „190“; dies allerdings nur dann, wenn sie unfallversicherungspflichtiges Arbeitsentgelt erzielen.

6.4 Praktika von Fachoberschülerinnen und -schülern

In den Fachoberschulen werden Jugendliche mit Realschulabschluss oder einer gleichwertigen Ausbildung innerhalb von zwei Jahren auf die Fachhochschulreife vorbereitet. Während des ersten Ausbildungsjahrs wird eine fachpraktische Ausbildung durchgeführt. Diese fachpraktische Ausbildung ist als Bestandteil der

Die Regelungen des Mindestlohns gelten nicht für abzuleistende Pflichtpraktika.



Gesamtausbildung an der Fachoberschule zu beurteilen. Hierbei überwiegt der fachtheoretische Unterricht. Die Schüler und Schülerinnen der Fachoberschulen unterliegen daher während der fachpraktischen Ausbildung nicht der Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Eine Umlagepflicht (U1, U2, Insolvenzgeldumlage) besteht für die Dauer dieser Praktika nicht. Ebenso fallen keine Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung an.

6.5 Praktika während des Besuchs einer Fach- oder Berufsfachschule

Zu den ordentlich Studierenden zählen auch die Schülerinnen und Schüler von Fachschulen und Berufsfachschulen. Für die versicherungsrechtliche Beurteilung von Praktika ist entscheidend, ob es sich dabei um ein Beschäftigungsverhältnis handelt oder das Praktikum Teil der schulischen (theoretischen) Ausbildung ist.

Wenn die Praktika Bestandteil der Schulausbildung sind, weil die berufspraktische Ausbildung derart eng mit der durch die Schule geregelten fachtheoretischen Ausbildung verbunden ist, kann keine Sozialversicherungspflicht entstehen. Umlagen (U1, U2, Insolvenzgeldumlage) und Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung sind nicht zu zahlen.

Handelt es sich bei dem betrieblichen Zwischenpraktikum, das Schülerinnen und Schüler von Fach- oder Berufsfachschulen absolvieren müssen, hingegen um ein Beschäftigungsverhältnis, sind die Regelungen zur Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung aufgrund des Werkstudentenprivilegs anwendbar.

6.6 Praxisintegrierte Ausbildungsgänge

Teilnehmende an Ausbildungen mit Abschnitten des schulischen Unterrichts und der praktischen Ausbildung, für die ein Ausbildungsvertrag und Anspruch auf Ausbildungsvergütung besteht (praxisintegrierte Ausbildungen), sind den zur Berufsausbildung Beschäftigten gleichgestellt und damit kranken-, pflege-, renten- und arbeitslosenversicherungspflichtig. Diese Regelung stellt sicher, dass Auszubildende in praxisintegrierten schulischen Ausbildungsgängen unabhängig vom konkreten Ausbildungsberuf dann in die Sozialversicherungspflicht einbezogen sind, wenn ein Ausbildungsvertrag geschlossen wird und Anspruch auf Ausbildungsvergütung auch während der Phasen der schulischen Ausbildung besteht.

Zusammenfassung →

Für Teilnehmende an praxisintegrierten Ausbildungsgängen gilt Sozialversicherungspflicht.





7. Beschäftigung von Schülerinnen und Schülern

- 7.1 Versicherungsfreiheit geringfügiger Jobs →
- 7.2 Pauschale Beiträge →
- 7.3 Arbeitslosenversicherung →
- 7.4 Ende der Schulzeit →
- 7.5 Beschäftigung nach dem Schulabschluss →



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Schülerinnen und Schülern

Wenn Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen (zum Beispiel Grund-, Haupt- und Realschulen sowie höhere Schulen zur Erlangung des Abiturs/der Hochschulreife) eine Beschäftigung aufnehmen, gelten für sie die gleichen Grundsätze für die sozialversicherungsrechtliche Beurteilung wie für Beschäftigte. In diesen Beschäftigungen besteht grundsätzlich Sozialversicherungspflicht.

7.1 Versicherungsfreiheit geringfügiger Jobs

Die Regeln geringfügiger Beschäftigungen gelten auch für beschäftigte Schülerinnen und Schüler. Versicherungsfreiheit in allen Versicherungszweigen (in der Rentenversicherung nur auf Antrag) besteht daher, wenn diese lediglich eine geringfügig entlohnte Beschäftigung ausüben. In allen Versicherungszweigen besteht Versicherungsfreiheit, wenn eine kurzfristige Aushilfsbeschäftigung ausgeübt wird.

7.2 Pauschale Beiträge

Nachdem die allgemeinen sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften maßgeblich sind, haben Arbeitgeber für Schülerinnen und Schüler in einer geringfügig entlohnten Dauerbeschäftigung bei Befreiung von der Versicherungspflicht pauschale Rentenversicherungsbeiträge von 15 Prozent abzuführen. Hinzu kommen – sofern zum Beispiel im Rahmen der Familienversicherung eine gesetzliche Krankenversicherung besteht – pauschale Krankenversicherungsbeiträge von 13 Prozent, ferner eine Pauschsteuer von 2 Prozent.

Auch für Schülerinnen und Schüler in einer Beschäftigung können die Regelungen zu Minijobs zum Tragen kommen.

Mehr dazu →



7.3 Arbeitslosenversicherung

Für die Arbeitslosenversicherung gilt: Sofern Schülerinnen und Schüler eine mehr als geringfügige Dauerbeschäftigung ausüben, ist diese arbeitslosenversicherungsfrei.¹⁰ Dies gilt allerdings nur dann, wenn sie eine allgemeinbildende Schule besuchen und diese nicht der Fortbildung außerhalb der üblichen Arbeitszeit dient. Demnach unterliegen Beschäftigte, die zum Beispiel eine Abendschule besuchen, um einen allgemeinen Schulabschluss zu erlangen, grundsätzlich der Arbeitslosenversicherungspflicht.

7.4 Ende der Schulzeit

Die Eigenschaft „Schüler“ endet mit dem Bestehen der Abschlussprüfung beziehungsweise mit der tatsächlichen planmäßigen Beendigung des Ausbildungsabschnitts. Sofern ein Prüfungs- oder Abschlusszeugnis erstellt wird, ergibt sich aus dem Datum dieses Zeugnisses das Ende der Schulzeit. Die Schülereigenschaft endet ferner mit dem Abbruch der Schulausbildung.

7.5 Beschäftigung nach dem Schulabschluss

Zeitraum zwischen Schulende und Beschäftigungsaufnahme

Sofern Jugendliche zwischen dem Schulende und der ersten Aufnahme einer Dauerbeschäftigung, einer Beamtentätigkeit oder eines Ausbildungsverhältnisses eine zeitlich befristete Aushilfsbeschäftigung ausüben, ist diese als berufsmäßig – also für die Betreffenden als wirtschaftlich bedeutend – anzusehen. Deshalb gelten die Regeln zur Versicherungsfreiheit von kurzfristigen Beschäftigungen hier nicht. Dies gilt auch bei Beschäftigungen von Jugendlichen nach Beendigung der Schule und vor einem Dienstverhältnis als Soldat oder Soldatin

Für Schülerinnen und Schüler einer allgemeinbildenden Schule besteht in einer Beschäftigung grundsätzlich Arbeitslosenversicherungsfreiheit.

Für grundsätzlich kurzfristige Beschäftigungen nach dem Ende der Schulzeit kann Berufsmäßigkeit und damit Sozialversicherungspflicht infrage kommen.



Beschäftigung im Studium und im Praktikum

Beschäftigung von Schülerinnen und Schülern

auf Zeit. Solche Beschäftigungen können daher nur im Rahmen einer geringfügig entlohten Beschäftigung versicherungsfrei sein. Für die Rentenversicherung gilt dies nur, sofern der oder die Jugendliche die Befreiung von der Versicherungspflicht beantragt hat.

Zeitraum zwischen Schulende und beabsichtigtem Studium

Bei kurzfristigen Aushilfsbeschäftigungen zwischen dem Schulende und einem beabsichtigten Studium können von vornherein befristete Aushilfsbeschäftigungen versicherungsfrei bleiben. Handelt es sich bei dem beabsichtigten Studium um einen dualen Studiengang, liegt Berufsmäßigkeit vor; eine versicherungsfreie kurzfristige Beschäftigung ist also nicht möglich.

Zeitraum zwischen Schulende und Bundesfreiwilligendienst/freiwilligem Wehrdienst

Ziel des Bundesfreiwilligendienstes ist es, möglichst viele Menschen zu sozialem Engagement für die Allgemeinheit zu bewegen. Die Teilnehmenden am Bundesfreiwilligendienst sind in dieser Tätigkeit den Auszubildenden gleichgestellt und sozialversicherungspflichtig. Die Regelungen über geringfügige Beschäftigungen sind nicht anzuwenden. Kurzfristige Beschäftigungen, die zwischen Schulende und Teilnahme am Bundesfreiwilligendienst ausgeübt werden, sind als berufsmäßig anzusehen, und zwar auch dann, wenn nach dem Bundesfreiwilligendienst die Aufnahme eines Studiums beabsichtigt ist. Beschäftigungen im Rahmen der Geringfügigkeitsgrenze bleiben dagegen versicherungsfrei, in der Rentenversicherung vorbehaltlich der Befreiung von der Versicherungspflicht. Gleiches gilt für Teilnehmende an einem freiwilligen Wehrdienst.

Zusammenfassung →

Ein umfangreiches Lexikon, alle wesentlichen Gesetze, Verordnungen, Vorschriften und Urteile zur Sozialversicherung, zum Arbeits- und zum Steuerrecht finden Sie in der Rechtsdatenbank.

Mehr dazu →





**Jetzt
informieren**

**Kennen Sie schon die
Online-Seminare der AOK?**



Februar

- Ende von Beschäftigungen
- Zusammenarbeit der Generationen

März

- Saisonkräfte in der SV

April

- Personaleinsatz bei anderen Arbeitgebern

Mai

- Mehr Wertschätzung für Basisarbeitende
- Entgeltabrechnung: Praxistipps

Juni

- Probearbeit und Praktikum
- Digital gewandt = kompetent?

September

- Pflege und Beruf vereinbaren

November

- Trends & Tipps 2027

Bei aktuellen Entwicklungen werden Seminarthemen angepasst.

AOK. Die Gesundheitskasse.



Wollen Sie regelmäßig über aktuelle Themen der Sozialversicherung oder der Betrieblichen Gesundheitsförderung informiert werden?

Mehr dazu →



Haben Sie ein ganz konkretes sozialversicherungsrechtliches Anliegen oder eine spezielle Frage und suchen individuellen Rat?

Mehr dazu →



Brauchen Sie schnell und umfassend Informationen zu Fragen der Sozialversicherung oder zur Betrieblichen Gesundheitsförderung?

Mehr dazu →



8. Anhang



Abkürzungen

BSG	Bundessozialgericht
DEÜV	Datenerfassungs- und -übermittlungsverordnung
HRG	Hochschulrahmengesetz
MiLoG	Mindestlohngesetz
SGB III	Drittes Buch Sozialgesetzbuch – Arbeitsförderung
SGB IV	Viertes Buch Sozialgesetzbuch – Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
SGB V	Fünftes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VI	Sechstes Buch Sozialgesetzbuch – Gesetzliche Rentenversicherung
SGB XI	Elftes Buch Sozialgesetzbuch – Soziale Pflegeversicherung
SvEV	Sozialversicherungsentgeltverordnung

Rechtsquellen und Fundstellen

↓ Mit einem Klick auf die Fußnote kommen Sie zur entsprechenden Textstelle zurück.

- ¹ §25 Abs. 1 Satz 1 SGB III, §5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V,
§1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI, §20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB XI
- ² §27 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 SGB III, §6 Abs. 1 Nr. 3 SGB V,
§5 Abs. 3 SGB VI, §20 Abs. 1 Satz 1 SGB XI
- ³ §1 Abs. 1 Satz 1 Nr. 15 SvEV
- ⁴ §1 Abs. 1 AAG
- ⁵ §7 Abs. 2 SGB IV
- ⁶ §7 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 SGB V, §27 Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 SGB III
- ⁷ §25 Abs. 1 Satz 1 SGB III, §5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V,
§1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI, §20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB XI
- ⁸ §27 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 SGB III, §6 Abs. 1 Nr. 3 SGB V,
§5 Abs. 3 SGB VI, §20 Abs. 1 Satz 1 SGB XI
- ⁹ §172 Abs. 3 Satz 2 SGB VI
- ¹⁰ §27 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 SGB III



Alle Zusammenfassungen, Grafiken und Tabellen



Zusammenfassung

Beschäftigung von Studierenden

- Neben der Versicherungsfreiheit aufgrund einer geringfügigen Beschäftigung sind ordentlich Studierende im Rahmen des Werkstudentenprivilegs auch dann kranken-, pflege- und arbeitslosenversicherungsfrei, wenn sie nicht mehr als 20 Stunden wöchentlich beschäftigt sind.
- Ein Überschreiten dieser 20-Stunden-Grenze ist durch Arbeitseinsätze in den Abendstunden/an Wochenenden oder in den Semesterferien zulässig, wenn die Beschäftigung auf nicht mehr als 26 Wochen befristet ist.

Zusammenfassung

Studienaufnahme während einer Beschäftigung

- Nehmen Beschäftigte ein Studium auf, wird die Beschäftigung kranken-, pflege- und arbeitslosenversicherungsfrei, wenn sie ihre Wochenarbeitszeit auf nicht mehr als 20 Stunden reduzieren.
- Vom Arbeitgeber getragene Studiengebühren stellen kein Arbeitsentgelt dar, soweit sie steuerrechtlich kein Arbeitslohn sind.

Zusammenfassung

Besondere Personenkreise

- Beschäftigte in einem Teilzeitstudium (zum Beispiel an der Fernuniversität Hagen) unterliegen grundsätzlich der Sozialversicherungspflicht.
- Die Sonderregelungen für beschäftigte Studierende gelten in der Regel auch für ein Aufbau- oder Zweitstudium beziehungsweise für den Zeitraum einer neuerlichen Prüfungsvorbereitung zur Notenverbesserung, allerdings nicht für ein Promotionsstudium.
- Teilnehmende an dualen Studiengängen unterliegen ebenfalls der Sozialversicherungspflicht. Erhalten sie kein Arbeitsentgelt, sind sie wie Personen im Praktikum zu behandeln.

Zusammenfassung

Meldungen, Beiträge und Umlagen

- Beschäftigte Studierende, für die Beiträge zur Rentenversicherung anfallen, sind stets mit der Personengruppe „106“ zu verschlüsseln. Die Beitragsgruppe ist grundsätzlich „0100“.
- Teilnehmende an dualen Studiengängen sind grundsätzlich mit der Personengruppe „102“ zu melden. Nur unfallversicherungspflichtig Beschäftigte sind mit der Personengruppe „190“ zu melden.

Zusammenfassung

Krankenversicherung der Studenten

- Studierende sind grundsätzlich krankenversicherungspflichtig, wenn sie an einer staatlichen oder staatlich anerkannten Hochschule eingeschrieben sind. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Beginn des Semesters, frühestens mit dem Tag der Einschreibung.
- Bis zum 25. Lebensjahr sind Studierende in der Regel beitragsfrei familienversichert, wenn sie kein eigenes Einkommen von mehr als 565 Euro monatlich haben. (Bei Ausübung eines Minijobs sind 603 Euro im Monat zulässig.)

Zusammenfassung

Im Praktikum

- Vorgeschriebene Vor-/Nachpraktika führen grundsätzlich zur Versicherungspflicht in allen Sozialversicherungszweigen. Sofern kein Arbeitsentgelt gezahlt wird, bestehen Renten- und Arbeitslosenversicherungspflicht. Versicherungsfreiheit wegen Geringfügigkeit kommt nicht in Betracht.
- Vorgeschriebene Praktika während des Studiums (Zwischenpraktika) sind in allen Sozialversicherungszweigen versicherungsfrei – auch während eines Urlaubssemesters. Die Dauer, die Arbeitszeit und das Arbeitsentgelt sind unerheblich.
- Nicht vorgeschriebene Vor-/Nachpraktika sind wie Beschäftigungen zu beurteilen.
- Für nicht vorgeschriebene Zwischenpraktika gelten die Sonderregelungen für beschäftigte Studierende.

Zusammenfassung

Beschäftigung von Schülerinnen und Schülern

- Für Beschäftigungen von Schülerinnen und Schülern allgemeinbildender Schulen gelten die gleichen sozialversicherungsrechtlichen Grundsätze wie für Beschäftigte.
- In der Arbeitslosenversicherung sind Schüler und Schülerinnen allgemeinbildender Schulen versicherungsfrei, wenn diese nicht der Fortbildung außerhalb der üblichen Arbeitszeit dienen.
- Teilnehmende am Bundesfreiwilligendienst/freiwilligen Wehrdienst sind in dieser Tätigkeit den Auszubildenden gleichgestellt und sozialversicherungspflichtig.

Versicherungsfreiheit wegen Geringfügigkeit

Beispiel 1

Studentin, gesetzlich krankenversichert	
Unbefristete Beschäftigung seit	1.7.2026
Monatliches Arbeitsentgelt	600 €

Es besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, da es sich um eine geringfügig entlohnte Beschäftigung handelt. Es besteht Rentenversicherungspflicht, von der allerdings eine Befreiung möglich ist.

Personengruppenschlüssel 109, Beitragsgruppenschlüssel 6100

Versicherungsfreiheit wegen Geringfügigkeit

Beispiel 2

Student, keine Vorbeschäftigungen	
Befristete Beschäftigung	1.6. bis 30.6.2026
Wöchentliche Arbeitszeit	20 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	1.400 €
Es besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, da es sich um eine kurzfristige Beschäftigung handelt.	
Personengruppenschlüssel 110, Beitragsgruppenschlüssel 0000	

Werkstudenten

Beispiel 3

Ein Student übt eine unbefristete Beschäftigung aus.

Wöchentliche Arbeitszeit	14 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	910 €

Es besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, da die Beschäftigung den Studenten nicht mehr als 20 Stunden in der Woche in Anspruch nimmt. In der Rentenversicherung besteht Versicherungspflicht, da die Beschäftigung nicht geringfügig ist und eine Befreiung von der Rentenversicherungspflicht somit nicht in Betracht kommt.

Personengruppenschlüssel 106, Beitragsgruppenschlüssel 0100

Werkstudenten

Beispiel 4

Ein Student übt eine unbefristete Beschäftigung bei Arbeitgeber A aus.

Wöchentliche Arbeitszeit	9 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	585 €

Der Student übt eine zusätzliche Aushilfstätigkeit bei Arbeitgeber B aus.

Wöchentliche Arbeitszeit	7 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	455 €

Es besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, da die beiden Beschäftigungen auch nach der Zusammenrechnung den Studenten nicht mehr als 20 Stunden in der Woche in Anspruch nehmen. Das Studium steht auch weiterhin im Vordergrund. Es besteht Rentenversicherungspflicht, da die Arbeitsentgelte aus beiden Beschäftigungen zusammen die Geringfügigkeitsgrenze übersteigen. Bei der Beitragsberechnung sind die Regelungen des Übergangsbereichs anzuwenden. Pauschale Krankenversicherungsbeiträge sind nicht zu entrichten, da die Beschäftigungen insgesamt mehr als geringfügig entlohnt sind.

Personengruppenschlüssel 106, Beitragsgruppenschlüssel 0100

Überschreitung der Stundengrenze

Beispiel 5

Eine Studentin übt eine unbefristete Beschäftigung bei Arbeitgeber A aus.

Wöchentliche Arbeitszeit	14 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	910 €

Die Studentin übt eine zusätzliche Beschäftigung bei Arbeitgeber B aus.

Wöchentliche Arbeitszeit	8 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	520 €

Da der Status der ordentlich Studierenden wegen Überschreitung der 20-Stunden-Grenze nicht mehr gegeben ist, besteht in beiden Beschäftigungen grundsätzlich Sozialversicherungspflicht (Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung).

In der bei Arbeitgeber B ausgeübten Beschäftigung werden jedoch die Voraussetzungen einer geringfügig entlohnten Beschäftigung erfüllt. Daher besteht in dieser Beschäftigung Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungsfreiheit, aber Rentenversicherungspflicht. Von der Rentenversicherungspflicht ist eine Befreiung auf Antrag möglich.

Arbeitgeber A: Personengruppenschlüssel 101, Beitragsgruppenschlüssel 1111
Arbeitgeber B: Personengruppenschlüssel 109, Beitragsgruppenschlüssel 6100 (bei Befreiung von der RV-Pflicht 6500)

Mehrere Beschäftigungen

Beispiel 6

Arbeitgeber A 16 Stunden/1.040 €

Arbeitgeber B 4 Stunden/260 €

1.6.2026

Arbeitgeber C 4 Stunden/260 €

1.9.2026

Ein Student übt eine unbefristete Beschäftigung bei Arbeitgeber A aus.

Wöchentliche Arbeitszeit 16 Stunden

Monatliches Arbeitsentgelt	1.040 €
----------------------------	---------

Es besteht Rentenversicherungspflicht, da die Beschäftigung mehr als geringfügig entlohnt ist. In der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung besteht Versicherungsfreiheit, da das Studium überwiegt (wöchentliche Arbeitszeit nicht mehr als 20 Stunden).

Ferner übt der Student seit dem 1.6.2026 eine unbefristete Beschäftigung bei Arbeitgeber B aus.

Wöchentliche Arbeitszeit 4 Stunden

Monatliches Arbeitsentgelt	260 €
----------------------------	-------

In der Rentenversicherung besteht aufgrund der Beschäftigung A bereits Versicherungspflicht in einer Hauptbeschäftigung. Daneben kann eine geringfügig entlohnte Beschäftigung auf Antrag versicherungsfrei ausgeübt werden. In der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung besteht weiterhin Versicherungsfreiheit, da die Gesamtarbeitszeit 20 Stunden nicht überschreitet und damit noch das Studium im Vordergrund steht.

Achtung: Arbeitgeber B hat auch bei Befreiung von der Versicherungspflicht pauschale Beiträge zur Rentenversicherung und, wenn eine Mitgliedschaft in der gesetzlichen Krankenversicherung besteht, auch pauschale Krankenversicherungsbeiträge zu zahlen, da es sich um eine geringfügig entlohnte Beschäftigung handelt.



Mehrere Beschäftigungen

Fortsetzung Beispiel 6

Seit dem 1.9.2026 übt der Student zusätzlich eine unbefristete Beschäftigung bei Arbeitgeber C aus.

Wöchentliche Arbeitszeit	4 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	260 €

In der Rentenversicherung ist auch diese Beschäftigung grundsätzlich geringfügig entlohnt. Da die Beschäftigung bei Arbeitgeber B zeitlich zuerst aufgenommen wurde, wird sie nicht mit der Hauptbeschäftigung bei Arbeitgeber A zusammengerechnet. Die Beschäftigung bei Arbeitgeber C ist als zweite Nebenbeschäftigung mit der bereits rentenversicherungspflichtigen (Haupt-)Beschäftigung zusammenzurechnen. Somit besteht Rentenversicherungspflicht und keine Befreiungsmöglichkeit.

Wegen Überschreitung der 20-Stunden-Grenze durch die Addition aller Beschäftigungsstunden ab 1.9.2026 geht der Status als „ordentlich Studierender“ verloren. Damit besteht neben der Rentenversicherungspflicht ab 1.9.2026 in der (Haupt-)Beschäftigung bei Arbeitgeber A auch Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherungspflicht. Die Beschäftigung bei Arbeitgeber B ist die erste geringfügig entlohnte Beschäftigung und somit versicherungsfrei in der Kranken- und Pflegeversicherung. Arbeitslosenversicherungsfreiheit ist für die Beschäftigung bei Arbeitgeber B ebenfalls gegeben, da keine Zusammenrechnung einer geringfügig entlohten mit einer versicherungspflichtigen Hauptbeschäftigung vorzunehmen ist. Die Beschäftigung bei Arbeitgeber C als zweite Nebenbeschäftigung ist mit der versicherungspflichtigen (Haupt-)Beschäftigung (Arbeitgeber A) zusammenzurechnen.

Es besteht Kranken- und Pflegeversicherungspflicht. In der Arbeitslosenversicherung erfolgt keine Zusammenrechnung; daher besteht Versicherungsfreiheit. Arbeitgeber B hat (weiterhin) Pauschalbeiträge zur Kranken- und Rentenversicherung zu zahlen.

Ausnahmen von der 20-Stunden-Grenze

Beispiel 7

Eine Studentin nimmt vom 1.6.2026 an eine unbefristete Beschäftigung auf. Die Arbeitszeiten sind donnerstags von 19 bis 22 Uhr sowie freitags, samstags und sonntags von 18 bis 24 Uhr.

Wöchentliche Arbeitszeit	21 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	1.365 €

Es besteht Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung, da es sich um ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis handelt.

Die Tatsache, dass die Verteilung der Arbeitszeit (abends bzw. am Wochenende) dem Werkstudentenprivileg nicht entgegensteht, ändert an dieser Beurteilung nichts.

Befristete Beschäftigung nur in vorlesungsfreier Zeit

Beispiel 8

Semesterferien 9.2. bis 10.4.2026 und vom 27.7. bis 9.10.2026	
Befristete Beschäftigung in einem Teeladen	27.7. bis 9.10.2026 (Semesterferien)
Wöchentliche Arbeitszeit	40 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	2.400 €
Keine Vorbeschäftigungen	
Wegen Kurzfristigkeit besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung. Eine Prüfung des Werkstudentenprivilegs erfolgt nicht (Personengruppenschlüssel 110, Beitragsgruppenschlüssel 0000).	

Arbeitseinsätze am Wochenende sowie in den Abend- und Nachtstunden

Beispiel 9

Ein Student übt vom 1.4. bis 31.7. eine befristete Beschäftigung in einer Gaststätte aus. Montags ist Ruhetag, dienstags bis donnerstags arbeitet er von 18 bis 21 Uhr, freitags, samstags und sonntags von 18 bis 24 Uhr.

Wöchentliche Arbeitszeit	27 Stunden
--------------------------	------------

Monatliches Arbeitsentgelt	1.755 €
----------------------------	---------

Es besteht Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung, da die Beschäftigung den Studenten zwar mehr als 20 Stunden in der Woche in Anspruch nimmt, die Überschreitungen aber in den vorlesungsfreien Zeiten erfolgen, also abends bzw. am Wochenende. Ferner ist die Beschäftigung auf nicht mehr als 26 Wochen befristet. Auch werden keine weiteren Beschäftigungen ausgeübt. In der Rentenversicherung besteht Versicherungspflicht, da die Beschäftigung nicht geringfügig ist und eine Befreiung von der Rentenversicherungspflicht somit nicht in Betracht kommt.

Bildung der Rahmenfrist

Beispiel 10

Befristete Beschäftigung	17.2. bis 3.4.2026
Beginn der Rahmenfrist	4.4.2025
Ende der Rahmenfrist	3.4.2026

Mehrere Beschäftigungen

Beispiel 11

Semesterferien 9.2. bis 10.4.2026 und vom 27.7. bis 9.10.2026

Befristete Beschäftigung A in einem Kiosk	1.4. bis 18.7.2026 (Vorlesungszeit)
Wöchentliche Arbeitszeit	22 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	1.400 €

Es besteht Rentenversicherungspflicht, da weder eine kurzfristige noch eine geringfügig entlohnte Beschäftigung vorliegt. In der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung tritt ebenfalls Versicherungspflicht ein, da die wöchentliche Arbeitszeit mehr als 20 Stunden beträgt.

Befristete Beschäftigung B in einem Hotel	27.7. bis 9.10.2026 (Semesterferien)
Wöchentliche Arbeitszeit	40 Stunden
Monatliches Arbeitsentgelt	2.400 €

Es besteht Rentenversicherungspflicht, da weder eine kurzfristige noch eine geringfügig entlohnte Beschäftigung vorliegt. In der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung tritt ebenfalls Versicherungspflicht ein. Die wöchentliche Arbeitszeit beträgt mehr als 20 Stunden; die Beschäftigung findet ausschließlich in den Semesterferien statt, jedoch ergibt die vergangenheitsbezogene Betrachtung 184 Kalendertage.

Rahmenfrist: 10.10.2025 bis 9.10.2026, anrechenbar: 1.4. bis 18.7.2026 = 109 Kalendertage und 27.7. bis 9.10.2026 = 75 Kalendertage

Mehrere Beschäftigungen

Beispiel 12

Unbefristete Beschäftigung seit 4.11.2025, wöchentliche Arbeitszeit 18 h, Arbeitsentgelt über 603 €

Ausdehnung

Vom 9.2. bis 10.4.2026 (Semesterferien)	wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden
---	--

Sowie vom 27.7. bis 9.10.2026 (Semesterferien)	wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden
--	--

Die Beschäftigungen sind nicht geringfügig entlohnt.

Es besteht durchgehend Rentenversicherungspflicht, da keine geringfügig entlohten Beschäftigungen vorliegen.

In der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung besteht durchgängig Versicherungsfreiheit. Die 20-Stunden-Grenze wird nur innerhalb der Semesterferien überschritten. Die Summe der Beschäftigungen mit einer Arbeitszeit von mehr als 20 Stunden ergeben lediglich 136 Kalendertage. Das Studium steht jedoch weiterhin im Vordergrund. Die vergangenheitsbezogene Betrachtung ergibt lediglich 136 Kalendertage.

Rahmenfrist: 10.10.2025 bis 9.10.2026, anrechenbar: 9.2. bis 10.4.2026 = 61 Kalendertage und 27.7. bis 9.10.2026 = 75 Kalendertage

Mehrere Beschäftigungen

Beispiel 13

Semesterferien 9.2. bis 10.4.2026 und 27.7. bis 9.10.2026

Befristete Beschäftigung in einem Hotel	1.6. bis 31.7.2026
Wöchentliche Arbeitszeit	25 Stunden (davon 7 Stunden am Wochenende)
Monatliches Arbeitsentgelt	1.600 €
Rahmenfrist Vorbeschäfti- gungen	1.8.2025 bis 31.7.2026
24.7.2025 bis 8.9.2025	(wöchentlich 40 Stunden)
6.11.2025 bis 1.12.2025	(wöchentlich 38 Stunden)
4.12.2025 bis 19.1.2026	(wöchentlich 18 Stunden)
22.1.2026 bei 31.3.2026	(wöchentlich 35 Stunden)

**Es besteht Rentenversicherungspflicht, da die Beschäftigung aufgrund
der anrechenbaren Vorbeschäftigungszeiten im selben Kalenderjahr nicht
kurzfristig ist.**



Mehrere Beschäftigungen

Fortsetzung Beispiel 13

In der für die Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung maßgeblichen Rahmenfrist vom 1.8.2025 bis 31.7.2026 gibt es folgende anrechenbare Vorbeschäftigungen:

24.7. bis 8.9.2025 (Rahmenfrist erst ab 1.8.2025!)	39 Kalendertage
6.11. bis 1.12.2025	26 Kalendertage
4.12.2025 bis 19.1.2026 (nicht anrechenbar, da 20-Stunden-Grenze nicht überschritten)	0 Kalendertage
22.1. bis 31.3.2026	70 Kalendertage
Summe	134 Kalendertage
+ zu beurteilende Beschäftigung	61 Kalendertage
Gesamt	196 Kalendertage

Da die Höchstdauer von 182 Kalendertagen überschritten wird, besteht in der aktuellen Beschäftigung vom 1.6. bis 31.7.2026 Versicherungspflicht auch in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung.

Reduzierung der Arbeitszeit

Beispiel 14

Eine Arbeitnehmerin (bisher 38-Stunden-Woche, 2.000 € im Monat) nimmt am 1.4.2026 ein Studium auf, das nicht im Zusammenhang mit der weiter bestehenden Beschäftigung steht.

Wöchentliche Arbeitszeit	18 Stunden
Monatsentgelt	1.200 €

In der Rentenversicherung bleibt es bei der Versicherungspflicht, da das Arbeitsentgelt mehr als geringfügig ist. Aufgrund der reduzierten Arbeitszeit tritt vom 1.4.2026 an Versicherungsfreiheit in der Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung ein.

Vorgeschriebene Praktika

Beispiel 15

Eine zukünftige Studentin übt vor ihrem Studium ein Praktikum aus. Das Praktikum ist notwendig, damit sie zum Studium zugelassen wird. Als Arbeitsentgelt wird ein Betrag von 860 € monatlich gewährt.

Es besteht Versicherungspflicht in der Kranken-, Pflege-, Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Vorgeschriebene Praktika

Beispiel 16

Eine familienversicherte zukünftige Studentin übt vor ihrem Studium ein Praktikum aus. Das Praktikum ist notwendig, damit sie zum Studium zugelassen wird. Es wird kein Arbeitsentgelt gewährt.

Es besteht Versicherungspflicht in der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Beitragsberechnung aus fiktivem Arbeitsentgelt (39,55 €), Meldung: Beitragsgruppe „0110“, Personengruppe „105“.

Übersicht: nicht vorgeschriebene Zwischenpraktika						
Stunden	Arbeits- entgelt	Beitragsgruppe				Personen- gruppe
		KV	RV	AV	PV	
Unerheb- lich	bis Minijob- grenze	6/0	1/0	0	0	109
Über 20	über Mini- jobgrenze	1	1	1	1	101
Unter 20	über Mini- jobgrenze	0	1	0	0	106